

Initiative für eine bessere Kriminalpolitik (IbK)

Beate Kohl, Frankfurt

Die 1980 entstandene IbK, die sich vorläufig auf das hessische Gefängnis-Neubau-Programm konzentriert hat (einen viel zu wenig diskutierten Aspekt Börnerscher Betonpolitik!), erscheint heute als beinahe zwingendes Resultat der hessischen Strafvollzugspolitik.

Trends im hessischen Strafvollzug der 70er Jahre

Schon seit Anfang der 70er Jahre führte die Einsperrung sog. „terroristischer Gewalttäter“ in Hessen immer wieder zu hysterischen Reaktionen (Ermittlungsverfahren gegen Helga Einsele, Suspendierung von evangelischen Pfarrern). Als im April 1976 ein des Drogenhandels verdächtigter Beamteter Suizid beging, war auch das Drogenproblem im Knast offensichtlich geworden. Eine ministerielle „Arbeits-

gruppe zur Aufklärung von möglichen Straftaten im hessischen Vollzug“ erarbeitete daraufhin Verschärfungsvorschläge, die nach dem Tod von Anstaltsleiter Künkeler im Zusammenhang mit der Geiselnahme eines Gefangenen auch schnell durchgesetzt werden konnten. Man bemühte sich, die neuen Probleme Terrorismus, Drogenkriminalität und internationale Bandenkriminalität durch Rücknahme von Liberalisierungen (verschärfte Kontrolle aller Außenkontakte, Erhöhung der Übersichtlichkeit der Gefängnisse) in den Griff zu bekommen. Schon im Juli 1976 wurde eine weitere „Arbeitsgruppe zur Differenzierung in den hessischen Vollzugsanstalten“ eingesetzt, die kurz-, mittel- und langfristige Vorschläge für die Vollzugsgestaltung erarbeiten sollte. Während sie arbeitete, fand im Dezember 1976, wenige Tage vor Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes, ein Gefangenenausbruch statt, in dessen Verlauf eine Unbeteiligte getötet wird. Im Juni 1977 legte die Arbeitsgruppe dann ihren Bericht vor, in dem die Anstalten in drei Sicherheitsgrade eingeteilt, Vollstreckungsplanänderungen und Neu- und Ausbauten vorgeschlagen wurden.

In diese Richtung wird seither eifrig gearbeitet. 1979 konnte die Jugendstrafanstalt Rockenberg, 1980 ein Freigängerhaus und 1981 die Sozialtherapie (beide in Kassel) eröffnet werden. An Freigängerhäusern in Darmstadt und Frankfurt und an einem Erweiterungsbau in Schwalmstadt wird gegenwärtig gearbeitet. Eine Untersuchungshaftanstalt in Weiterstadt bei Darmstadt, eine Einweisungsanstalt in Schlüchtern und eine neue Frauenanstalt sind in der Planung. Diese rege Bautätigkeit ist auch auf die Überbelegung zurückzuführen: Hatte Hessen 1977 noch 4541 Gefangene (1437 U-Haft), so waren es 1980 bereits ca. 5500 Gefangene. Dem versucht man kurzfristig mit verstärkten Gnadenerweisen und Vollstreckungsstopps entgegenzutreten.

Erfahrungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter (e. M.)

Diese allgemeinen Entwicklungen hatten für die veränderungswilligen Mitarbeiter im Strafvollzug zunächst mehr die Bedeutung eines Ärgernisses. Man konzentrierte sich auf das resozialisierungsorientierte Strafvollzugsgesetz und sah darin den Schlüssel, um den Knast zu öffnen. Aber die Realität holte die e. M. schnell ein. Anfang 1977 wurden in der Frauenanstalt gemeinsame Freizeitgruppen für U- und Strafgefangene untersagt. Die e. M. stellten ihre Arbeit ein, der Erlaß wurde zunächst unterlaufen und dann aufgehoben. Die nächste Runde betraf die direkten Interessen der e. M. Entgegen einer Zusage wurde 1977 ein neuer Erlaß, der die ehrenamtliche Mitarbeit regelte, in Kraft gesetzt. Gegen das Mehr an Kontrolle setzte man sich gemeinsam zur Wehr: Die e. M. der einzelnen Knäste trafen sich unter-

einander, Sprecher wurden gewählt und die Sprechergruppe erarbeitete einen Alternativerlaß. Außerdem entstand mit TRANSPARENT eine Zeitung von und für e. M. Der Erlaß wurde 1979 in einigen Punkten, entsprechend den Vorschlägen der e. M., entschärft, die Sprecher institutionalisiert. Mitwirkungsrechte für e. M. und Gefangene waren nicht durchsetzbar und die e. M. hatten „ihren“ Erlaß jetzt selbst gemacht.

Ende 1978 brach der dritte große Konflikt auf. Eine Vollstreckungsplanänderung hatte aus der Jugendarrestanstalt Höchst eine Untersuchungshaftanstalt gemacht. Zur Verhinderung von Außenkontakten wurden Sichtblenden angebracht; das Freizeitangebot für die zum Teil erst 14jährigen war minimal. Die e. M. der Anstalt gingen an die Öffentlichkeit, holten Gutachten ein und zeigten Bürgern am Modell, was Sichtblenden bedeuten. Von 60 wurden bis Herbst 1980 22 Sichtblenden sukzessive wieder entfernt; danach verlief diese Diskussion im Sande.

Auch weiterhin machten die e. M. die Erfahrung, daß sie unerwünscht sind, wenn sie über die Bastel-, Spiel-, Lern- oder Gesprächsebene hinauswirken wollen. Einem Wiesbadener e. M., der Hungerstreikforderungen von Gefangenen an die Presse weitergegeben hatte, wurde die Zulassung wegen Verletzung der Pflicht zur Zusammenarbeit entzogen. In Rockenberg wurden im Dezember 1980 aufgrund von Denunziationen Bediensteter 3 e. M. unter Nichtbeachtung des Erlasses ausgeschlossen. Ein mehrmonatiger allgemeiner Streik, der solche Praktiken für die Zukunft verhindern sollte, bringt zwar die Wiederezulassung, endet aber mit einem Herausreden der Anstaltsleitung auf Gefahr im Verzuge. Es überrascht nicht, daß im Juni 1981 einem Mitarbeiter der IbK wegen seiner Mitgliedschaft der Rausschmiß angedroht wurde. Wie das Hessische Justizministerium gerne und oft formuliert: Die ehrenamtlichen Mitarbeiter nehmen eine wichtige Aufgabe wahr. Und wie der niedersächsische Justizminister Schwind 1981 treffend sagt: „Dennoch wird man in Zukunft auch auf die ehrenamtliche Hilfe stärker zurückgreifen müssen als bisher, weil die Kriminalitätszahlen und damit die Fallzahlen weiter ansteigen werden.“

Die Arbeit der IbK

Nicht nur e. M. wollten diese Funktion nicht mehr wahrnehmen. Immer mehr Leute stiegen aus der Knastarbeit aus. Für die Hartnäckigen erschien der abolistische Ansatz als eine neue Perspektive. Die Trends der hessischen Strafvollzugspolitik und die Einschätzung der eigenen Kraft legten eine vorläufig ausschließlich defensive Arbeit nahe. Die Ankündigung eines Gefängnisneubaus in Weiterstadt bei

Darmstadt zeigte einen konkreten und wichtigen Ansatzpunkt für die praktische Arbeit.

Die IbK, die aus einem knappen Dutzend vorwiegend jüngerer Mitglieder besteht, hat keine Reputation und nur wenig Ressourcen einzusetzen. Zunächst wurden Informationen gesammelt: Über bisherige Entwicklung und aktuelle Situation des hessischen Strafvollzugs, über Tendenzen der offiziellen Strafvollzugspolitik, über die Interessen der Gemeindeverwaltung und die Meinung der Bürger, über die Frage des Landerwerbs durch die Justiz, den aktuellen Planungsstand und Gruppen, die unsere Arbeit vielleicht unterstützen. Unter den gegebenen Voraussetzungen boten sich drei Interventionsbereiche an:

1. Den Widerstand örtlicher Gruppen durch Information, Argumentationshilfe und Aktionen unterstützen.
2. Die Ablehnung der Neubauten als ernstzunehmendes Argument in die landesweite Medien- und Fachöffentlichkeit einzubringen (Pressekonferenz, Podiumsdiskussion mit Experten, Information der Presse über geplante Aktionen).
3. Interessierten Gruppen und Einzelnen die Ziele der IbK verständlich machen, um Unterstützung und Mitarbeit werben, die eigene Arbeit reflektieren (Einladung von Thomas Mathiesen und einer KROM-Delegation, Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen ehrenamtlicher Mitarbeiter, politischer Parteien, sonstiger Vereinigungen, an der Universität etc.).

Auf den ersten Bereich wurde von Anfang an viel Wert gelegt. So machte die „Alternative Liste Weiterstadt“ den Gefängnisneubau zum Wahlkampfthema der Kommunalwahl im März 1981 und ergänzte ihre lokalen Einwände gegen das Gefängnis um unsere kriminalpolitischen Argumente. Die Frage der Notwendigkeit eines zusätzlichen Gefängnisses war damit in die Diskussion eingebracht. Es wurde problematisiert, daß die existierende Überbelegung auch ganz anders als durch Neubauten abgebaut werden kann: Durch die Herausnahme der Drogenabhängigen, die nicht in's Gefängnis gehören, durch eine liberalere U-Haftpraxis, die Haftbefehle gegen Stadstreicher, die nur in U-Bahnanlagen nächtigen, ausschließt und durch eine Beschleunigung der Verfahren. Erst mit diesem Argument der Überflüssigkeit der neuen Anstalt war es für die örtlichen Neubau-Gegner möglich, dem Justizministerium den Vorwurf des unverantwortlichen Eigennutzes (was ist schon Naherholung gegen die staatspolitische Verantwortung) aus der Hand zu schlagen. Die Errichtung weiterer Gefängnisse konnte als perspektivlose Politik dargestellt werden, die sich den Blick auf alternative Lösungsmöglichkeiten selbst verbaut. Daneben half der Sachverstand der „Insider“ auch, begleitende offizielle Propaganda zurechtzurücken: Zu dem so überaus „humanen Strafvollzug“ in den neuen Betonknästen, den

schönen neuen Arbeitsplätzen und dem angeblich aufblühenden Handel und Gewerbe am Ort konnten wir einige Informationen liefern. Die IbK beteiligte sich in Form gemeinsamer Flugblätter, Informationsabenden und Aktionen am Wahlkampf. Die ALW erhielt aus dem Stand 12,4 % der Stimmen – damit sitzen nun U-Haft-Gegner im Gemeindeparlament, zusätzliche Informationen werden zugänglich und dieses Forum kann zur öffentlichen Darstellung des Protests genutzt werden.

Im zweiten Bereich zeigen sich mit der Zeit erste Auswirkungen der bisherigen Arbeit: Ein bestimmter öffentlicher Druck ist erreicht, so daß der Justizminister sich mit „gewissen Stimmen“ auseinandersetzen muß, die „die neuen Anstalten für überflüssig halten“. Zwar gibt es bei konkreten Aktionen immer wieder Diskussionen über die Vorgehensweise: Es wird offensive Arbeit, d. h. ein Eintreten für die Abschaffung bestehender Gefängnisse gefordert oder der defensive Ansatz wird auch auf die neuerdings von der Verwaltung diskutierten Alternativen ausgedehnt. Bis heute konnte jedoch – sehr zum Ärger der Gegenseite – die IbK nicht in die radikale Ecke gedrängt werden.

Für den dritten Bereich ist kennzeichnend, daß zunehmend Informationen und Vorschläge von außen an die IbK herangetragen werden (z. B. Hinweise auf den dritten Gefängnisneubau). Vor allem eine Podiumsdiskussion („Strafvollzug – Reform oder Abschaffung?“) mit Helga Einsele, Richter Illmer, Arthur Kreuzer, Klaus Lüderssen, Thomas Mathiesen und Heinz Steinert hat bei vielen Teilnehmern Interesse geweckt, aber auch teilweise die Bereitschaft zur fallweisen Unterstützung unserer Arbeit gefördert. Unter der Mitarbeit in anderen Gruppierungen ist die im Kriminalpolitischen Arbeitskreis der AG SPAK sicher von besonderer Bedeutung. Hier ist ein Erfahrungsaustausch mit ähnlich arbeitenden Gruppen anderer Bundesländer gewährleistet.

Auch wenn nach einem Jahr positive Entwicklungen zu erkennen sind, so stellt sich doch die Frage nach der generellen Bedeutung einer Arbeit gegen Gefängnisneubauten. Handelt es sich um eine kräftebindende, amüsante Spielwiese für Kritiker, wäre letztendlich auch ein Erfolg nur eine Effektivierung des staatlichen Kontrollsystems (vgl. Scull) oder geht es um mehr? Wir haben allen Anlaß, das anzunehmen. Gefängnisse behalten ihren Stellenwert auch in Kontrollsystemen, die durch ambulante Maßnahmen ergänzt werden. Man rechnet in der Bundesrepublik mit einem weiteren Ansteigen der Gefangenenzahlen. „Humane Verwahrung“ (hessischer Staatssekretär im Justizministerium) ist bei der gegebenen Haftplatzzahl unmöglich und in den alten, mit per-

sonalintensiver Kontrolle arbeitenden Gefängnissen auch viel zu teuer. Deshalb braucht man neue Gefängnisse, in denen die modernen Kontrolltechnologien optimal genutzt werden können. Diese Entwicklung zu stören, hat für das Gefängnisssystem eine ähnliche Bedeutung, wie die Arbeit gegen den Behandlungsvollzug. Angegriffen wird auch hier das Fortschrittsversprechen, das Märchen vom zunehmend humaneren Strafvollzug. Zudem ist neben der legitimatorischen die faktische Ebene betroffen: Zu der von den herrschenden Technokraten für notwendig erachteten Ausweitung des Gefängnisystems sagen nun auch in der BRD Gruppen aktiv handelnd „Nein“. Neben dem Umweltschutz wird in einem weiteren Bereich allgemeiner Interessen Organisation und Widerstand denkbar. Ein Baustopp für Gefängnisse könnte, wie im Energiebereich, zur Entwicklung anderer Lösungen zwingen.

Juli 1981
Berger Straße 299, 6000 Frankfurt 60